

Polen am Pranger?

Die neue, von der nationalkonservativen Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) geführte polnische Regierung scheint innerhalb von kürzester Zeit etwas vollbracht zu haben, was selbst größte Pessimisten so nicht für möglich gehalten hätten. Ihre innenpolitischen Aktionen, die in Windeseile, mitunter in theatralischen Nachtsitzungen durchgepeitschten Parlamentsbeschlüsse zur Einflussnahme der Regierung in den Bereichen der inneren Sicherheit, der öffentlich-rechtlichen Medien sowie der Judikative haben zu einem drastischen Imageverlust Polens im Ausland geführt. Das Land, das vielen noch vor wenigen Monaten als Stabilitätsanker und Musterschüler postsozialistischer Transformation galt, erscheint nun als in seiner Rechtsstaatlichkeit bedroht. Ein formelles EU-Prüfverfahren zur Rechtsstaatlichkeit der umstrittenen Gesetzesreformen wurde, zur Überraschung von Bevölkerung und Regierung in Polen, eingeleitet. Eine bekannte Rating-Agentur hat die Bonität des Landes herabgestuft, und ausländische Medien berichten kritisch und sorgenvoll über das Land. Wie berechtigt sind diese Sorgen am Beginn des 25. Jubiläumsjahres des Deutsch-Polnischen Freundschafts- und Nachbarschaftsvertrages? Vier Blickwinkel sollen die Situation skizzieren.

Erstens: Die seit Jahresende mit absoluter Mehrheit regierende PiS handelt nach dem in Polen bei Wahlen durchaus üblichen Motto „the winner takes it all“. PiS glaubt, und ihre Repräsentanten sagen dies auch bei jeder Gelegenheit, ihr Wahlsieg sei der Ausdruck eines breiten Volkswillens, welcher dem Parlament das Recht verschafft, gesellschaftlichen und politischen Wandel einzuleiten. So kündete Parteichef Kaczyński „eine neue Zeit“ an und die Gründung eines

rot-weißen Lagers im Sejm, das alle diejenigen umfassen solle, denen an einem „guten Wandel in Polen“ gelegen sei. Inhaltlich ist dieser Wandel vor allem in der Sozialpolitik zu sehen, der Erhöhung des Kindergeldes, der Senkung des Renteneintrittsalters und der Beibehaltung von Vergünstigungen und speziellen Tarifvereinbarungen für Bergarbeiter. Auch ein deutlich stärkerer nationaler Patriotismus soll zu dem neuen innenpolitischen Kurs gehören. Staatspräsident Duda hatte sich während seines Wahlkampfes bereits deutlich in diese Richtung bewegt, und es steht zu erwarten, dass nunmehr so etwas wie eine stärkere Betonung polnischer Mythen, nationaler Literatur und Geschichte mit dem Ziel einer „ethisch-moralischen“ Erneuerung Polens inszeniert werden wird. Auch die Aufklärung des Flugzeugunglücks von Smoleńsk vom April 2009 werden Parteichef Kaczyński und seine Anhänger vermutlich wieder neu auf die Agenda setzen, da sie in der Vergangenheit auf ihrer Verschwörungstheorie beharrt hatten. Die Konturen dieses Wandels hat man als polnischer Wähler wie als ausländischer Beobachter gut erahnen können, denn sie waren Bestandteil des PiS-Wahlprogramms. Nicht zu vermuten und in keinem Wahlprogramm zu finden war allerdings die Absicht der Partei, das Verfassungsgericht zu marginalisieren und die staatlichen Medien zu beeinflussen, um freie Hand für eine Politik zu bekommen, von der niemand so richtig weiß, wo sie hinführen soll. Die Menschen in Polen sind darüber und weil es der PiS nicht gelingt, ihre konkreten Absichten zu kommunizieren, verunsichert. Die Partei verliert in den Umfragen, und es wächst der landesweite Protest gegen PiS auf den Straßen, in der Zivilgesellschaft und in den Medien. Die PiS-Regierung ist mit der Tatsache kon-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

POLEN

DR. CHRISTIAN SCHMITZ

Januar 2016

www.kas.pl

frontiert, dass sie eben nicht, wie sie es glaubt und glauben machen möchte, von einem breiten Volkswillen an die Macht gehoben wurde. Vielmehr wurde die Vorgängerregierung nach acht Jahren Amtszeit abgewählt und PiS kam an die Macht weil nur 51,6 Prozent der Wahlberechtigten zur Wahl gingen und davon 37,5 Prozent ihre Stimme PiS gaben. Die spannende Frage ist nun, wie die Regierung mit dieser Realität umgeht, ob sie sich mäßigen wird, ob die Proteste zunehmen und ob sich die polnische Gesellschaft weiter polarisieren wird.

Zweitens: Die Spaltung ist seit vielen Jahren das entscheidende Charakteristikum der polnischen Gesellschaft, wobei sich die Spaltung mitunter bis in die Familien hineinzieht. Vereinfachend gesagt stehen auf der einen Seite Menschen, die sich benachteiligt fühlen, die ängstlich sind, sich abschotten und verunsichert sind gegenüber allem, was ihnen fremd erscheint. Sie finden Halt in dem, was sie als ihre nationalen Wurzeln festmachen, in der polnischen Kultur, dem katholischen Glauben, der Sprache, althergebrachter Lebensart und tradierten Umgangsformen. Die PiS ist die politische Heimat dieser Menschen und sie repräsentieren seit Jahren rund ein Drittel der polnischen Wahlberechtigten, was sich auch in entsprechend stabilen Ergebnissen der Partei, mal etwas mehr, mal etwas weniger als 33 Prozent der Stimmen, spiegelt. Diesem, zumeist als nationalkonservativ beschriebenen Milieu steht ein bürgerlich-liberales gegenüber, das selbstbewusst ist, karriereorientiert, fortschrittsgläubig, offen oder, wie die Kritiker sagen, hedonistisch und der Werte verlustig gegangen. Diese Menschen wählten in der Vergangenheit in der Regel die ehemalige Regierungspartei Bürgerplattform (PO). Sie taten dies vor allem, um die PiS zu verhindern und erreichten ebenfalls stets rund ein Drittel der Wählerstimmen. PiS-Parteichef Kaczyński sprach vor dem Hintergrund der Spaltung der polnischen Gesellschaft jüngst von „guten“ und von „schlechten Polen“, wofür er viel Kritik von den Medien erhielt. Auch bei der Bewertung der politischen Entwicklungen in Polen sollte man nicht der Versuchung verfallen, entsprechende Etikettierungen zu vergeben. In Polen haben mal die einen, mal haben die

anderen gesellschaftlichen Kräfte politisch die Oberhand. Dies wird auch in der Zukunft so bleiben, und Polens Nachbarn und Freunde müssen dies als Realität zur Kenntnis nehmen.

Drittens: Die politischen Kräfte in Polen trennt weniger, als angesichts der aktuellen Entwicklungen zu vermuten wäre. Zwar gab die Flüchtlingskrise in Europa PiS im Wahlkampf die Gelegenheit, sich mit nationaler Rhetorik zu profilieren und sich als Retterin polnischer Souveränität zu präsentieren. Doch die ablehnende Position der PiS in Bezug auf die Aufnahme von Flüchtlingen trifft in Polen auf einen breiten gesellschaftlichen Rückhalt. Die Anhänger von PO und PiS stehen sich hier nicht unversöhnlich gegenüber, sondern ein Gefühl der Ablehnung vereint sie. So sprachen sich in einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts ARIADNA vor den Wahlen 68% der PiS- und 66% der PO-Anhänger dagegen aus, muslimische Flüchtlinge in Polen aufzunehmen. Hinzu kommt, dass sich Regierung und Opposition bei den großen außenpolitischen Fragestellungen im Grunde einig sind. Zwar haben PO und die neue, in der Wählergunst steigende liberale Partei Nowoczesna deutlich mehr Vertrauen in die Regulierungskompetenzen der EU-Institutionen als PiS, doch diese ist deswegen keineswegs europafeindlich oder daran interessiert, Polen in Europa zu isolieren. Vielmehr besteht im polnischen Parteienspektrum ein breiter Konsens in außen- und europapolitischen Kernfragen wie beim europäischen Klimaschutz, in Bezug auf die Ukraine, das Verhältnis zu Russland und in der Sicherheitspolitik. Die PO-Regierung war konzilianter im Auftreten und in der Rhetorik, ihre Nachfolgerin wird polnische Positionen mit größerer Bestimmtheit vertreten, auch im deutsch-polnischen Verhältnis. Dieses hat sich in den vergangenen Jahren kontinuierlich verbessert, wie zahlreiche Umfragen und die immer enger werdenden Verflechtungen auf zivilgesellschaftlicher Ebene belegen. Es gibt aber derzeit kein Anzeichen dafür, dass die neue polnische Regierung ein Interesse daran haben wird, das, was gewachsen ist, zu zerstören.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

POLEN

DR. CHRISTIAN SCHMITZ

Januar 2016

www.kas.pl

Viertens, schließlich, ist bei allen Fragezeichen, die der innenpolitische Kurs der PiS-Regierung derzeit aufwirft, daran zu erinnern, dass ihre wichtigsten Protagonisten ursprünglich aus der Protestbewegung gegen das kommunistische Regime kommen. Repression, Unterdrückung, die Einschränkung der Meinungsfreiheit haben sie am eigenen Leib erfahren. Als Aktivisten der Solidarnosc waren sie zudem aktiver Teil jener Bewegung, die, ermuntert und unterstützt durch den polnischen Papst Johannes Paul II, einen bedeutenden Beitrag zum Fall des Kommunismus und zur Überwindung der deutschen wie der europäischen Teilung geleistet hat.

Um Missverständnisse auszuschließen:
Wenn die Gefahr besteht, dass in einem Mitgliedsland der Europäischen Union fundamentale Errungenschaften des gemeinsamen Wertekanons wie Gewaltenteilung und Pressefreiheit bedroht sind, dann ist es nachvollziehbar und verständlich, wenn sich darüber Besorgnisse artikulieren. Und es ist gut, wenn im bevorstehenden Dialog zwischen Polen und der EU-Kommission die damit verbundenen Fakten auf den Tisch kommen, transparent sind und bewertet werden können. Dennoch macht wie immer auch der Ton die Musik. Überzogene Kritik und mangelnde Empathie, etwa wenn die Kritik besonders stark aus Deutschland erfolgt, oder gar mit Sanktionen gedroht wird, noch bevor ein Dialog richtig in Gang gekommen ist, erscheinen wenig hilfreich. Im Gegenteil: Kritik ohne Augenmaß schweißßt das nationalkonservative Lager noch stärker zusammen und würde auf Dauer zu zusätzlichen Solidarisierungseffekten führen. Vor diesem Hintergrund ist ein Dialog mit Polen eröffnet, aber das Land gehört nicht an den Pranger!